Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/4181

2.8.2024

P9_TA(2023)0479

Die Entführung tibetischer Kinder und Praktiken der Zwangsassimilation in chinesischen Internaten in Tibet

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2023 zur Entführung tibetischer Kinder und Praktiken der Zwangsassimilation in chinesischen Internatsschulen in Tibet (2023/3025(RSP))

(C/2024/4181)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf seine vorangegangenen Entschließungen zu China und zu Tibet,

— unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes,

— gestützt auf Artikel 144 Absatz 5 und Artikel 132 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass die chinesische Regierung unter der Führung von Xi Jinping systematisch immer repressiver geworden ist; in der Erwägung, dass die Menschenrechtslage in Tibet sich stetig weiter verschlechtert; in der Erwägung, dass die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit im Mittelpunkt der Beziehungen der EU zu China stehen sollte;

B. in der Erwägung, dass die chinesischen staatlichen Stellen ein weitrechendes System de facto obligatorischer, stark politisierter Internatsschulen für Kinder im Alter von 4 bis 18 Jahren eingerichtet haben, in denen diese Pflichtunterricht in chinesischer Sprache erhalten, ohne die Möglichkeit zu haben, die tibetische Sprache, Geschichte und Kultur eingehend zu erlernen; in der Erwägung, dass etwa 80 % der tibetischen Kinder, d. h. etwa eine Million Kinder, durch dieses System von ihren Familien getrennt wurden, das darauf abzielt, sie kulturell, religiös und sprachlich in die die Mehrheit bildende Volksgruppe der Han-Chinesen zu assimilieren; in der Erwägung, dass es so gut wie keine privaten Alternativen zu diesen staatlichen Schulen gibt, die Berichten zufolge streng überwacht werden;

C. in der Erwägung, dass Experten der Vereinten Nationen die Sorge geäußert haben, dass tibetische Kinder somit unter schweren psychischen und emotionalen Belastungen, einschließlich Einsamkeit und Isolation, leiden und die Fähigkeit verlieren, problemlos in ihrer Muttersprache mit ihren Familien zu kommunizieren, was zur Zerrüttung ihrer individuellen und gesellschaftlichen Identität beiträgt und daher gegen internationale Menschenrechte verstößt und womöglich einem Völkermord gleichkommt;

1. verurteilt aufs Schärfste die repressive Assimilationspolitik in ganz China, insbesondere das System der Internatsschulen in Tibet, die darauf abzielt, die charakteristischen sprachlichen, kulturellen und religiösen Traditionen von Tibetern und anderen Minderheiten wie den Uiguren zu beseitigen;

2. fordert die sofortige Abschaffung des für Kinder in Tibet obligatorischen Systems der Internatsschulen und der praktizierten Trennung von ihren Familien, auf die die Experten der Vereinten Nationen im Februar 2023 hingewiesen haben; fordert die chinesischen Staatsorgane ferner auf, die Einrichtung privater tibetischer Schulen zu gestatten;

3. begrüßt den Beschluss der USA, mit dem Visabeschränkungen gegen chinesische Amtsträger verhängt wurden, die mit dem System der Internatsschulen in Tibet in Verbindung stehen; fordert die Mitgliedstaaten und den Rat nachdrücklich auf, ähnliche gezielte Sanktionen zu verhängen;

4. fordert die Mitgliedstaaten und den HR/VP auf, von der chinesischen Regierung zu verlangen, europäischen Diplomaten Visa auszustellen, damit sie in ganz Tibet Internatsschulen besuchen können, sowie unabhängigen Journalisten und internationalen Beobachtern die Einreise in die Region zu gestatten und von der Verbreitung von Falschmeldungen abzusehen;

5. weist erneut darauf hin, wie wichtig es ist, dass die EU das Thema der Menschenrechtsverletzungen in China, insbesondere die Lage in Tibet, in jeglichem politischen Austausch und in den Menschenrechtsdialogen mit den chinesischen staatlichen Stellen anspricht;

6. fordert die chinesische Regierung erneut auf, den Kontakt mit den Vertretern des 14. Dalai Lama wieder aufzunehmen, damit eine echte Autonomie für Tibeter in China geschaffen wird; fordert die chinesischen Staatsorgane nachdrücklich auf, den Pantschen Lama freizulassen und nicht länger in die Ernennung des geistigen Führers der Tibeter einzugreifen;

7. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung den Organen der EU, den Vereinten Nationen sowie der Regierung und dem Parlament der Volksrepublik China zu übermitteln.